

STADT SANKT AUGUSTIN

DER BÜRGERMEISTER

Dienststelle: FB 5/20 / Fachbereich 5/20 - Schulverwaltung

Sitzungsvorlage

Datum: 12.11.2007

Drucksache Nr.: **07/0430**

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Behandlung
Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung	27.11.2007	öffentlich / Entscheidung

Betreff

Konzept für den Ganztagsbetrieb im Schulzentrum Niederpleis

Beschlussvorschlag:

1. Der Schulausschuss nimmt die für die Genehmigung des Ganztagesbetriebes an der Hauptschule Niederpleis zu Grunde gelegten Überlegungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung rechtzeitig zum Schuljahr 2008/2009 vorzunehmen.
2. Der Schulausschuss beauftragt die Verwaltung, für das Schulzentrum Niederpleis gemeinsam mit allen drei Schulen ein zukunftsfähiges Raumkonzept für den Ganztagsbetrieb zu erarbeiten.
3. Der Schulausschuss bittet den Rat, in 2008 und in der mittelfristigen Finanzplanung Haushaltsmittel für Planungs- und Umbaukosten einzustellen.

Problembeschreibung/Begründung:

Am 15.03.2006 beantragte die Stadt Sankt Augustin die Einrichtung des erweiterten Ganztagesbetriebes an der Gemeinschaftshauptschule Niederpleis in Sankt Augustin. Der Rat der Stadt Sankt Augustin hatte in seiner Sitzung am 14.03.2006 einen entsprechenden Beschluss gefasst. Leider wurde der Antrag in den Auswahlverfahren für die Schuljahre 2006/2007 und 2007/2008 nicht berücksichtigt.

Mit Bezug auf ein Schreiben des Ministeriums vom 12.07.2007 und den Erlass vom 11.10.2007 hat die Stadt Sankt Augustin der Bezirksregierung am 13.11.2007 mitgeteilt, dass die Stadt Sankt Augustin ihren Antrag von 2006 zur Errichtung des erweiterten Ganztagesbetriebes an der Gemeinschaftsgrundschule Niederpleis aufrecht erhält. Hintergrund ist die Absicht der Landesregierung, für bis zu 116 weitere Hauptschulen die erforderlichen Mittel zur Umwandlung bereitzustellen.

Antragsberechtigt in diesem neuen Verfahren sind zunächst alle Schulträger, die in den bisherigen Genehmigungsverfahren nicht berücksichtigt werden konnten. Erforderliche Anpassungen z. B. beim Raumkonzept mussten vorgenommen werden.

Dem Schreiben an die Bezirksregierung wurden beigelegt ein Auszug aus dem Schulentwicklungsplan 2007 mit den aktualisierten Zahlen, der in der Sitzung des Schulausschusses am 29.11.2007 in seiner Endfassung beraten wird, eine aktuelle Vorlage zur Realisierung des Ganztagesbetriebes im bestehenden Schulgebäude (Anlage 1) und der aktuelle Beschluss der Schulkonferenz der Hauptschule Niederpleis (Anlage 2). Dabei ist zu berücksichtigen, dass das Raumkonzept eine Übergangsphase beinhaltet, in der die zum Ganztagsbetrieb erforderlichen baulichen Maßnahmen in geringem Umfang im Bestand durchgeführt werden und in erster Linie die Versorgung der in den Ganztags nach und nach integrierten Hauptschüler berücksichtigt.

Unabhängig soll die beim Antrag 2006 bereits zu Grunde gelegte Absicht, die erforderlichen Voraussetzungen für den Ganztagsbetrieb an allen drei Schulen im Schulzentrum zu schaffen, weiterverfolgt werden. Da hierfür zum jetzigen Zeitpunkt keine Förderung durch Landes- oder Bundesmittel zu erwarten ist, müssen die erforderlichen Haushaltsmittel allein durch den Schulträger aufgebracht werden.

Um zu einem tragfähigen Konzept zur kurzfristigen Umsetzung für den Ganztagsbetrieb an der Hauptschule in Abstimmung mit den Belangen und perspektivischen Vorstellungen des Gymnasiums zu kommen, fanden am 31.10. und 12.11. gemeinsame Beratungen im Schulzentrum statt. Aus diesen Gesprächen, aber auch aus dem Beschluss der Schulkonferenz der Hauptschule zum Ganztagsbetrieb und den Schulkonferenzbeschlüssen des Gymnasiums und der Realschule zum Schulentwicklungsplan wird deutlich, dass in allen drei Schulen der Handlungsbedarf gesehen wird, im Schulzentrum eine Mensa einzurichten.

Eine mit allen drei Schulen abgestimmte Raumkonzeption soll daher Grundlage für eine neue zukunftsfähige Planung werden. Die Verwaltung schlägt daher vor, der Schulausschuss möge dem Rat empfehlen, entsprechend Mittel für die Planung und Realisierung in den Haushalt 2008 und die folgenden Jahre einzustellen.

In Vertretung

Marcus Lübken
Beigeordneter

Die Maßnahme

- hat keine finanzielle Auswirkungen
 hat finanzielle Auswirkungen: Mittel müssen bereitgestellt werden.

Die Gesamtkosten belaufen sich auf €.

- Sie stehen im Verw. Haushalt Verm. Haushalt unter der Haushaltsstelle zur Verfügung.

- Der Haushaltsansatz reicht nicht aus. Die Bewilligung über- oder außerplanmäßiger Ausgaben ist erforderlich

Für die Finanzierung wurden bereits veranschlagt € , insgesamt sind €
bereitstellen. Davon im laufenden Haushaltsjahr €.